

kanischen Gewerkschaftsbunde angegeschlossen Verbände wurde nunmehr endgültig beschlossen, eine volle Delegation zu entsenden. In ihr beteiligten sich außer unserem Verbande die Eisenbahner, die Gemeinde- und Staatsarbeiter, die Holzarbeiter, Bergarbeiter, Brauereiarbeiter und Bekleidungsarbeiter. Außerdem gehörten ihr Vertreter des ADGB und der Arbeiterbund an. Von unserem Verbande nahmen auf Beschluß des Hauptvorstandes die Kollegen Schumann und Dr. Jernland teil.

In der oben dargestellten „Vorgeschichte“ der Delegation ist ihr Zweck bereits angedeutet worden. Es kam natürlich in erster Linie darauf an, eine engere Verbindung und einen direkten Meinungsaustausch zwischen der deutschen und amerikanischen organisierten Arbeiterschaft herzustellen. Die Wichtigkeit eines solchen Meinungsaustausches ist bei dem großen Einfluß Amerikas auf den Gang der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der ganzen Welt ohne weiteres deutlich.

Zweifellos hat jedes Land seinen ganz besonderen Charakter, welcher sich aus seiner Geschichte und seiner natürlichen Struktur notwendig ergibt und dieses Land von allen anderen Ländern unterscheidet. Das trifft ganz besonders auf Amerika zu, denn es gibt kein Land in Europa, das eine irgendeine ähnliche Entwicklung durchgemacht hätte. Dieser besonderen Struktur ihres Mutterlandes haben sich natürlich die amerikanischen Gewerkschaften anpassen müssen. Es wäre darum vollständig sinnlos, wollte man sie einseitig von deutschen Verhältnissen aus beurteilen oder sie gar so wie sie sind nach Deutschland verspflanzen.

Unbeschadet ihrer Unterschiedlichkeit besitzen aber doch die Gewerkschaften aller Länder — auch die Deutschlands und Amerikas — eine Gleichartigkeit und zwar die des gleichen, gemeinsamen Zieles. Denn, mögen die Länder der Erde auch noch so verschieden sein, ihre wirtschaftliche Entwicklung erfolgt nach den grundsätzlich gleichen kapitalistischen Methoden, und dieser Kapitalismus gibt allen Gewerkschaften mit absoluter Notwendigkeit ein Ziel. Diese Gemeinsamkeit des Zieles aber verbürgt bei aller sonstigen Verschiedenheit, daß die Gewerkschaften des einen Landes aus den Methoden und der Taktik des gewerkschaftlichen Kampfes in einem anderen Lande lernen können. In diesem Sinne find auch wir nach Amerika gegangen, um von den Organisationen der amerikanischen Arbeiter etwas zu lernen.

Darüber hinaus bestand aber für die Delegation eine Aufgabe, die den gewerkschaftlichen Rahmen im engeren Sinne bei weitem übersteigt. Sie mußte zugleich den Versuch machen, ein Bild von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Amerikas zu gewinnen. Und sie mußte ihr Hauptaugenmerk auf den Ausschnitt der amerikanischen Wirtschaft richten, der wiederum für die Arbeiter von besonderer Wichtigkeit ist, nämlich auf die amerikanischen Arbeitsmethoden. Sie mußte unterfragen: Probieren die amerikanischen Wirtschaft wirklich verhältnismäßig schneller und besser als die deutsche und wenn ja, warum?

Ober mit anderen Worten: Worauf beruht die angebliche, von unseren Unternehmern immer wieder behauptete Mehrleistung des amerikanischen Arbeiters gegenüber dem deutschen.

So kann man wohl sagen, daß der deutschen Gewerkschaftsdelegation zahlreiche und schwierige Aufgaben harrten, als sie sich am 17. Dezember 1925 in Bremerhaven auf dem „Columbus“ einschiffte.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Wir konnten bisher nur die ab 1. Januar vorgeschriebenen monatlichen Steuerfreien Beträge mitteilen. Kurz vor Jahreschluss kam endlich das Werkblatt heraus. Danach beträgt der steuerfreie Lohnbetrag jährlich 1200 M., monatlich 100 M., wöchentlich 24 M., täglich 4 M. und für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden 1 M.

Ferner bleiben vom Steuerabzug frei

monatlich	wöchentlich	täglich	zweitägig
M.	M.	M.	M.
10	2,40	0,40	0,10
10	2,40	0,40	0,10
20	4,80	0,80	0,20
40	9,60	1,60	0,40
60	14,40	2,40	0,60
80	19,20	3,20	0,80

Neben diesen festen Abzügen ist das System der prozentualen Abzüge beibehalten worden. Wo das prozentuale System gewählt wird, beträgt der Abzug für die Ehefrau und jedes Kind je 10 Prozent vom Bruttolohn. Vom Nettolohn sind 10 Prozent als Steuer zu entrichten. Ein Beispiel: Ein Arbeiter, der Frau und 2 Kinder zu ernähren hat, verdient wöchentlich 48 M. Nach dem System der festen Abzüge bleiben steuerfrei 24+2,40+2,40+4,80 = 33,60 M.

Der Rest von 14,40 M. wird mit dem 10prozentigen Abzug belegt. Die Steuer beträgt also 1,44 M. Bei dem System der prozentualen Abzüge gestaltet sich die Sache so: Für den Mann bleiben 24 M. steuerfrei, für Frau und Kinder je 30 Prozent vom Rest, also 30 Prozent von 24 M. = 7,20 M. Insgesamt bleiben steuerfrei 24+7,20 = 31,20 M. Die 10prozentige Steuer von 48 weniger 31,80 = 16,80 M. beträgt 1,70 M. Der feste Abzug ist in diesem Fall für den Arbeiter günstiger.

Der selbe Arbeiter hat durch Ueberstunden einen Lohn von 60 M. Steuerfrei bleiben im ersten Fall (fester Abzug) 33,60 M. Die Steuer, 10 Prozent von 26,40 M., beträgt 2,65 M.; im zweiten Fall (prozentualer Abzug) beläuft sich der steuerfreie Teil auf 24 M. + 30 Prozent von 36 M. = 10,80 also 34,80 M. Zehn Prozent vom Nettolohn sind 2,50 M. Hier wirkt der prozentuale Abzug für den Arbeiter günstiger.

Jeder Arbeiter hat also für je eine Woche zu prüfen, welches Abzugssystem für ihn vorteilhafter ist.

Die wegen ihrer Korruptionsfälle peinlich berüchtigt gewordenen Schleifsteinorganisationen der deutschen Scharfmacher hat kürzlich ein Rundschreiben hinausgeschickt, in dem sie ihre Leute aufforderte, Beweismaterial für die Behauptung zu sammeln, daß die Einkommensteuer nicht zur Hauptlaste von den schlecht bezahlten Arbeitern usw., sondern von den leitenden Angestellten, höheren Beamten usw. getragen würde. Vielleicht hat die Regierung auch in diese launige Wahrung zu statistischen Speleorien bekommen. Jedenfalls wartele sie bei den letzten Debatten um die Senkung der Lohnsteuer mit einer Denkschrift auf, die alle Vorarbeit der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände für eine ungeleitete Steuerstatistik entwertet und überflüssig macht.

Im größeren Deutschland gab es 1913 und 14 Millionen Versicherungspflichtige. Heute werden 22,3 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger gezählt. Das bedeutet eine gewaltige Zunahme der Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger, wenn auch die genannten Zahlen nicht ohne weiteres einfach verglichen werden können. Von den 22,3 Millionen bleiben nur 3,3 Millionen mit ihrem Einkommen unter der Steuerengrenze, so daß also 19 Millionen Steuerpflichtiger bleiben. Davon sind nach der Denkschrift etwa 11,4 Millionen ledig und 7,6 Millionen verheiratet. Von diesen haben wieder 1,25 Millionen keine Kinder; 1,45 Millionen 1 Kind; 1,43 Millionen 2 Kinder; 1,18 Millionen 3 Kinder; 874 000 vier Kinder und der Rest hat fünf oder mehr Kinder. Die Zahlen erhalten ihre Bedeutung durch die Tatsache, daß rund 60 Proz. aller Lohnsteuerpflichtigen ledig sind. Wie verteilen sich nun die Steuerpflichtigen nach ihrem Einkommen? Das Reichsfinanzministerium hat fünf Gruppen gemacht, die trotz ihrer etwas willkürlichen Zusammenstellung doch deutlich sagen, wer die meisten Steuern aufbringt:

Jahreseinkommen in M.	Durchschnitt in M.	Zahl der Steuerpflichtigen	Anteil an der Gesamtzahl
bis 2 400 —	1 750	17 024 000	89,6 Proz.
2 400 — 5 000	3 000	1 620 000	8,6 „
5 000 — 9 000	6 600	225 000	1,2 „
9 000 — 15 000	12 000	60 000	0,8 „
15 000 — 30 000	20 000	33 000	0,2 „

Aus dieser Uebersicht geht hervor, daß die Gruppe der Steuerpflichtigen bis zu 2400 Mark Jahresinkommen fast neun Zehntel der Gesamtzahl umfaßt; die Einkommen über 5000 Mark aber noch nicht mit zwei Proz. beteiligt sind. Unter Zugrundelegung dieser Zahlen kann man errechnen, wie sich der Ertrag der Lohnsteuer auf die einzelnen Einkommensgruppen verteilt, und zwar nach der bisherigen Regelung und nach der Regelung, wie sie vom 1. Januar 1926 ab Geltung haben wird:

Durchschnitts-einkommen in M.	Ertrag der Lohnsteuer			
	bisher in M.	in Proz.	nach dem 1. Jan. 1926 in M.	in Proz.
1 750	993,0	63,2	658,9	55
3 000	357,5	22,8	323,0	27
6 600	108,4	7	103,68	9,6
12 000	56,5	3,6	55,14	4,5
20 000	54,2	3,4	53,23	4,4
Gesamtaufz.:	1569,6		1193,95	

Es ergibt sich also, daß die Einkommen der Durchschnittsgruppen von 1750 und 3000 Mark sowohl vorher wie nach dem 1. Januar 1926 mehr als vier Fünftel des Gesamtertrages der Lohnsteuer aufbringen. Alle übrigen Einkommen bringen noch nicht ein Fünftel des Gesamtertrages, nämlich bisher 13,9 Proz. und künftig 7,7 Proz. Mit diesem Ergebnis sind alle Behauptungen der Unternehmer, daß die hohen Einkommen einen irgendwie nennenswerten Anteil am Ertrag der Lohnsteuer haben, schlagend widerlegt.

Der „Vorwärtis“ folgert aus der Tatsache, daß nahezu zwei Drittel aller Steuerpflichtigen ledig sind, daß eine allgemeine Ermäßigung der Lohnsteuer nur durch ausreichende Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags erfolgen kann. „Daran ist so viel richtig, daß 1200 M. eine zu niedrige Freigrenze ist. Andererseits ist aber der minderqualifizierte Arbeiter trotz des „Kinderprivilegs“ gegen seinen unverheirateten Arbeitskollegen stark im Nachteil. Deshalb halten wir auch den weiteren Schluß des „Vorwärtis“, daß innerhalb der Familien-ermäßigung der Ermäßigung für das erste und zweite Kind die größte Bedeutung zukommt“, nur insofern für richtig, als der Steuerfiskus in Frage kommt, der durch eine starke Ermäßigung für das erste und zweite Kind einen großen Ausfall erleidet.

Je härter die Kinderzahl, desto größer muß die Ermäßigung werden — auf jeden Fall muß die Spanne zwischen der Ermäßigung für das erste Kind und der für das vierte oder fünfte Kind zugunsten der Kinderreichen erheblich größer werden.

Es kommt nicht darauf an, wieviel Steuerpflichtige Vorteil von dieser Ermäßigung haben, sondern es kommt auf die soziale Wirkung einer Ermäßigung an. Und die ist um so größer, je härter die Ermäßigung für das vierte oder fünfte Kind ist.

Es soll nicht der Steuerfiskus unter allen Umständen getroffen, es soll vielmehr das Glend der unter der Last des Kinderreichtums zusammenbrechenden Arbeiter weitestgehend gemildert werden.

Esst mehr Seefische.

Dem „Jahresbericht über die deutsche Fischerei 1924“, herausgegeben vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, entnehmen wir, daß Deutschland 1913 254 Fischdampfer hatte, während es 1924 400 zählte. Diese 400 Dampfer fingen 1924 in der Nordsee und im Nordmeer 185 Millionen Kilogramm Seefische, wovon nur 128 Millionen Kilogramm in deutschen Häfen angebracht wurden, während der Rest fast völlig in Aberdeen (Schottland) verkauft wurde. Für ein geringer Prozentsatz ging noch nach Brumden. „Für diese Fische“, heißt es im Bericht des Ministeriums, „war in deutschen Häfen kein lohnender Absatz zu finden.“

Aber auch die 128 Millionen Kilogramm, die in deutschen Häfen angebracht wurden, dienten nicht reiflich der Volksernährung, sondern gingen zum Teil noch in die Fischmehlfabriken. Außerdem nahm ein Klippfischwert in Wertmindernde 13 Millionen Kilogramm auf und das zweite deutsche, kleinere Klippfischwert in Turbarnen 2 1/2 Millionen Kilogramm. Diese beiden deutschen Werte arbeiten für Uebersee und treffen, besonders auf die jüdisch-amerikanischen Märkten, auf die Konkurrenz deutscher Fische schottischer Produktion. Die nach Aberdeen verkauften Fische finden fast keine andere Verwendung als in der Umarbeitung zu Stockfisch.

Der staatliche Fischereidirektor S. Lübbert (Hamburg) weist im „Wirtschaftsblättchen“ auf diese Erscheinung hin und regt an, in jedem deutschen Fischereifahrer ebenfalls Klippfischwerte zu errichten. Durch die Beteiligung der Fischdampferbetriebe an solchen Werken könnten diese ihre Notlage abstellen, was er an der Hand der Entwicklung der isländischen Fischerei nachweist.

Gegen diesen Vorschlag läßt sich nur eins einwenden: Es kommt nicht darauf an, ob die Fische im natürlichen oder getrockneten Zustand ausgeführt werden, sondern es ist anzustreben, daß die Fische sofort den deutschen Konsumenten zugeführt werden.

Ueber den Wert des Seefisches als Nahrungsmittel ist schon häufig von berufenen Leuten geschrieben worden. Erwärmt sei nur, daß Ernährungssphysiologen behaupten, daß die neunzehnjährige Verdauungszeit den doppelten Sättigungswert des Fisches gegenüber dem Rinderbraten beweist. Außerdem wird der Fisch fast völlig verdaut, sein Ernährungswert also ausgeschöpft. Auch gesundheitlich ist der Fisch nur zu empfehlen. Englische namhafte Mediziner behaupten sogar, daß das fast völlige Verschwinden der „englischen Krankheit“ auf den stark gestiegenen Verbrauch an Seefischen zurückzuführen ist. Fast noch wichtiger ist für den Augenblick der Hinweis, daß der Seefisch auch dann noch billiger als Fleisch ist, wenn er durch den Zwischenhandel um 300 bis 400 Proz. des Auktionspreises verteuert worden ist, ganz abgesehen davon, daß diese Reite ohne große Mühe stark gefärbt oder ganz beiseite werden kann. Es ist deshalb sehr bedauerlich, daß das völlig unberechnigte Vorurteil gewisser Konsumenten-schichten gegen den Seefisch so schwer zu überwinden ist. In England, dessen Arbeiterbevölkerung gewiß besser zu essen gewohnt ist als die deutsche, ist der Seefisch ein wahres Volksgericht geworden. Dabei war der Fisch in England durchaus nicht beliebter als bei uns. Nach Major Sleight ließen die Soldaten an Fischtagen die Fische stehen, doch, „solange sie dienstfrei waren, führten sie ins nächste Brasserie restaurant.“

Das ist der Punkt: Wie das Vorurteil gegen das Gefrierfleisch seine Ursache in der falschen Behandlung und Zubereitung hat, so auch das gegen den Seefisch. Aber wie dieses Hindernis in England überwunden wurde, muß es auch in Deutschland gelingen. „Wahrscheinlich gibt es in der gesamten Geschichte von Handel und Industrie kein zweites Gewerbe, das einen so belächelnden und unangenehmen Anfang hatte wie der Handel mit gebadenem Fisch“, sagt Chatship in seinem Buch „The fish frier and his trade.“ Es ist eine unübelschmeckende Redensart, wenn gesagt wird, der Engländer sei eben ein Fischesser, der Deutsche aber nicht. Chatship sagt: „Wenn Vorurteile, läbliche Klatschrede und Lästereien tönen könnten, so wäre der Handel mit gebadenem Fisch seit langem tot, doch hat dessen hat er seine Lebensfähigkeit Jahr für Jahr härter bewiesen.“ Und an einer anderen Stelle heißt es: „Der Durchschnittsarbeiter rühmt jedesmal die Nase, wenn seine bessere Hälfte vom Fisch spricht, sofern sie nicht vorschlägt, fried fish vom fried fish shop zu holen, und das kommt ihm niemals unangelegen.“ Also auch in England hat sich der Seefisch erst im langen Kampf durchgesetzt. Seine mächtigste Waffe war — ein Ofen.

Selbst die sparame Hausfrau hat meistens wegen des entsetzlichen Geruchs gegen das Fischbraten eine gewisse Abneigung. In den wenigen Lokalen, die sich früher als Fischkostballeen usw. aufstauten, hatte der Gast diesen unangenehmen Geruch trotz Lüftung mit in den Kauf zu nehmen. In den modernen Fischbratereien fällt dank der neuartigen Ofen und der Zubereitung der Fische diese Unannehmlichkeit weg, so daß sogar Hotels Fischbratereien aufstellen. „Die Herstellung von 1000 Portionen gebadenen Fisches ist geruchlos als die eines einzigen Beefsteaks.“ Es muß Spezialitäten überlassen bleiben, die Vorteile der neuen Zubereitungsmethode eingehend zu schildern. Erwähnt sei nur, daß die Fischhälften in liegendes Gefäß, manchmal auch freit, vollständig eingetaucht werden. Das hat nach Prof. Kestner den besten Einfluß auf das Fischfleisch. Dr. Robert Deshay, rühmt dem Sieden nach, daß dadurch z. B. der Kalorienwert bei Gehältsfish von 88 auf 210, bei Seezacks von 89 auf 210 steigt. Die neue Zubereitung hat dazu geführt, daß etwa ein Drittel des riesigen englischen Fischfangs von 1,6 Milliarden Pfund in den „Friedfishshops“ verarbeitet werden. Mindestens 25 000 Betriebe (in London gibt es rund 2000) haben 500 Millionen Pfund Fische, 1 Milliarde Pfund Kartoffeln und 100 Millionen Pfund Öl und Fett im Werte von über 850 Millionen Goldmark verbraucht. Eine solche Entwicklung dürfte in Deutschland vorerst kaum zu hoffen sein, weil das andersgerichtete Familienleben den in England sehr starken Verkauf über die Straße einschränken wird. In England sieht man in dieser Entwick-

lung aber erst den Anfang. Es gibt dort Dörfer und kleine Städte, die an diesem Segen teilnehmen, ohne eine Fischbratlinge im Ort zu haben. Schnelle Speziesautos verjagen diese Orte mindestens zwei bis dreimal in der Woche mit fried fish and chippies potatoes.

Was haben wir in Deutschland dem entgegenzusetzen. Der Zeitschrift „Der Fischmarkt“ entnehmen wir, daß die Siemens-Schüdrer-Werte Fischbratlingen aufstellen wollen, und die Belegung mindestens einmal in der Woche Seefische auf den Tisch bekommt. Noch einige wenige Werte sind diesen Weg gegangen. Es wäre im Interesse der Volksernährung zu begrüßen, wenn die großen industriellen Werke, die Kantinen unterhalten, diesem Beispiel folgten. Der Abneigung gegen die Seefischnahrung könnte auch zum Teil der Boden entgegen werden, wenn die Restmengen sehen, wie die Fische zubereitet werden. Die lachelfreudigen Defen, das wohlgeleitete Personal, die peinliche Sauberkeit, hat den privaten Fischbratlingen, die in wenigen deutschen Städten bestehen, einen großen Ruf gebracht und den Inhabern zweifellos namhafte Gewinne.

Was uns aber vor allem bewegt, die Aufmerksamkeit auf die Fischbratlinge zu lenken, ist das fürchterliche Winterelend unserer Armen und Erwerbslosen. Ganz abgesehen, daß man in staatlichen und städtischen Anstalten solche Defen aufstellen sollte, ist es heute Pflicht aller Verantwortlichen, sich zu fragen, ob es nicht mehr Mittel und andere Wege als die bisher üblichen gibt, das Elend der minderbemittelten Bevölkerung zu lindern. Keine Gemeinde sollte zögern, zur Bekämpfung der Not einige Fischbratlingen aufzustellen. Die Preise der Defen schwanken zwischen 360 und 1200 Mark. Wir wollen keine Klammern für Privatfirmen machen und verweisen Interessenten an die Zeitschrift „Der Fischmarkt“, Cuxhaven, Catharinenstraße 24, oder an die „Fischmarkt Cuxhaven G. m. b. H.“, vorm. Staatliche Fischereispektion. Damit nicht die neue Sache durch Untermisstrauen gleich wieder in Verzug kommt, wäre die Anordnung von Lehrpersonal auf wenige Tage empfehlenswert.

Die Kosten für die Unterhaltung werden nicht allzu hoch. Der Seefisch wird durch die Ausschaltung des Zwischenhandels ein billiges und nahrhaftes Gericht. Im teuren Hamburg verkauft eine auf den Erwerb eingestellte Küche eine sehr gut sättigende Portion Fische mit Kartoffeln für 50 bis 75 Pfennig. Eine Stadtkommune könnte, durch direkten Bezug begünstigt, die Preise bedeutend niedriger halten oder aber an besonders hartgeprüfte Arme umsonst abgeben.

Wir betonen aber, daß die Aufstellung von Fischbratlingen nicht nur eine gute Abwehraktion gegen den Hunger ist, sondern auch eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. England hat bei 45 Millionen Einwohnern 3500 Fischereidampfer laufen, die 1600 Millionen Pfund Fische fangen, die im Land bleiben. Deutschland kann bei seinen 63 Millionen Einwohnern nicht die 185 Millionen Pfund Seefische unterbringen, die ihm jene 400 Dampfer fangen. Diese Gegenüberstellung sagt, was der deutschen Volkswirtschaft und den Arbeitern jährlich verlorengelht.

Deshalb: Eßt mehr Seefische.

Republik

und Deutscher Verkehrsband.

Uns Kollegenkreise wird uns geschrieben:

Der „Retter“ Deutschlands hat die noch verbleibenden Reichsminister gebeten, ihre Geschäfte vorläufig weiterzuführen. Der „starke Mann“, nach dem man so oft gerufen, ist auch aus der Rechtsregierung nicht ersanden. Tragik des Schicksals aber und ein Zeichen politischer Unreife gerade der Rechtskreise ist es, daß nun selbst Führer ihrer Kreise nach dem Leben getrachtet wird und sie ebenfalls als Landesverräter verurteilt werden, in verheilen hinterlistigen Art und Weise, wie es nun Jahre hindurch in der deutschen Republik tägliche Erscheinung geworden ist.

Täglich zunehmende Arbeitslosigkeit, Betriebsstilllegungen, Abkühlungen infolge Leerung lasten bezorgnisserregend auf der deutschen Wirtschaft, und wieder einmal steht Deutschland und seine Arbeiterschaft auf dem Spiele.

Nur die einstmalig von „Gottes Gnaden durchlauchten“ Potentaten deutscher Nation“ glauben die Zeit bei gekommen, nun für sich aus des Volkes Not Vorteile unverschämten Umfangs erreichen zu können. Dieser unheimlichen Entwicklung steht die deutsche Rechtsregierung ratlos und auch latentlos gegenüber. Volkbringt sie dennoch einmal Taten, so immer nur solche, die den Besitz festigen oder die den republikanischen Gedanken zu unterhöhlen geeignet sind.

Man würde aber noch offensichtlicher und brutaler wirtschaftlich und politisch im reaktionären Sinne handeln, begegnete man nicht einem bedauerlichen Hindernis, dem man Rechnung tragen muß. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei sind es gewesen, die erklärt haben: „Bis hierher und nicht weiter.“ Nun immer provozierender gegen die Rechte der Arbeiter Front gemacht wird, heißt es, die Zukunft der Arbeiter als Hauptträger der deutschen Republik zu schützen und zu sichern.

Deutschlands regierende Männer glauben noch in letzter Stunde, ihre Unfähigkeit durch die große Koalition decken zu können. Partei und Gewerkschaften sollten die Ziele der Reaktion, die Gefährdung der Innen- und Außenpolitik bedenken. Wohl haben die Vertreter der organisierten Arbeiter ihre Bereitschaft erklärt, verantwortungsvoll und ehrlichen Willens Deutschland als Wächter gebietenden Faktor in den europäischen Staatenbund einzuführen und innenpolitische feste Grundlagen

auszurichten — doch niemals zum Nutzen der Reaktion und der bestehenden Klassen auf Kosten der minderbemittelten Volksschicht. Bei der Eingabe der Mindestforderungen der arbeitenden Bevölkerung zeigte sich dann auch sofort der Widerwille jener Kreise, die Gegner des Allgemeinwohls sind und alle Lasten auf die Schultern der Arbeitermassen abzuwälzen gedenken.

So wird in den nächsten Wochen ein heißer Kampf entbrennen, der einen Auschnitt bilden wird des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital. Ein Kampf, der nicht nur Deutschland angeht, sondern dessen Ausgang bedeutend wird für die europäische Politik, wie sie in Locarno einen neuen Ausgangspunkt gefunden hat. Gelingt es der deutschen Arbeiterschaft, der Reaktion eine empfindliche Schlappe beizubringen, gelingt es ihr, eine ehrliche, überzeugte republikanische Regierung zu bilden, so wird Deutschland einer inneren und äußeren Festigung wirtschaftlich und politisch entgegen sehen können. Innenpolitisch kann noch vieles besser gemacht oder verbüßet werden, was eine Rechtsregierung zerstört hat. Endlich wird dann einmal ein ernstes Wort geredet werden mit den Totengräbern der deutschen Republik, den Geheimorganisationen der Wulle und Konsorten und den „Standesgemäßen“ Harleinen glorreicher Zeiten. Zoll- und Steuerfragen müssen einer Revision unterzogen werden. Hineingeleuchtet muß werden in das Dunkel der Betriebe der Industriemagnaten, der Konzerne und Trusts, inwiefern Stillelegungen und Entlassungen auf privater Willkür oder sonstiger Manipulationen beruhen. Außenpolitisch werden wir mit einer ehrlichen republikanischen Regierung, die auch nach innen stark sein wird, erneutes Vertrauen gewinnen. Alle künftigen Verhandlungen, die sich aus dem Locarno-Vertrag ergeben, insbesondere auch die aus ihm folgenden Völkerverbündigungen, werden günstigen Rückhalt finden. Ein Sieg des republikanischen Gedankens wird aber auch nicht ohne Wirkung bleiben auf die internationale Arbeiterbewegung, sie wird durch diesen Sieg neuen Mut und neue Kraft gewinnen. Deutschlands innere Festigung als Republik gibt Richtung auch für die internationale Arbeiterbewegung Europas und darüber hinaus. An uns liegt es, diesem Kampf das Gepräge und den Nachdruck unseres Willens zu verleihen. Wir, die wir in den Betrieben tätig sind, dürfen in diesen Tagen nicht müßig und fesslungsgerig beiseite stehen. „Nachsamerkeit und Resamkeit sei uns höchstes Gebot.“ Andere Vertreter im Parlament müssen willens und fähigen, daß wir auf der Hut sind, um sie zu gegebener Stunde zu stützen. Tracht dann der Ruf der Entscheidung durch das Volk an uns, dann muß diese Entscheidung einen tiefen Eintrag unter die Vergangenheit ziehen.

Pflicht eines jeden Kollegen, einer jeden Kollegin in den kommenden Wochen ist es daher, aufzusehen und selbstverleidend, unacachtet der wirtschaftlichen Misere, seiner seiner Mitmenschen, ob Mann oder Frau, aufzustehen und wahrzutritt. Jeder muß bestrebt sein, in diesen Wochen die politische und gewerkschaftliche Organisation zu vertiefen und zu erweitern.

Verkehrsbander! Hier zeigt sich für uns alle eine wichtige Aufgabe. Auch in unseren Händen liegt ein großer Teil deutscher Volkswirtschaft, deutschen Volkswohls und deutschen Schicksals. Tief in das heutige Staats- und Wirtschaftsleben ist der Deutsche Verkehrsband hineingedrungen. Mit dem Wachstum und der Festigung der deutschen Republik ist auf das engste verbunden der Deutsche Verkehrsband.

Neubesetzung

der Verwaltungsausschüsse bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen.

Nach § 10 des Arbeitsnachweisgesetzes beträgt die Amtsdauer der Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise 3 Jahre. Da nun diese Ausschüsse im Herbst 1922 als vorläufige gewählt wurden und im Anfang 1923 in definitive umgewandelt sind, ist ihre dreijährige Amtszeit abgelaufen. Soweit Verwaltungsausschüsse später gewählt worden sind, sollen auf Antrag des ADGB, auch für diese zu verbleibenden Zeit von der Reichsarbeitsverwaltung Neuwahlen festgelegt werden. Es ist also damit rechnen, daß im Anfang 1926 bei allen Arbeitsnachweisen die Neubesetzung der Ausschüsse angeordnet wird.

Die Tätigkeit in den Verwaltungsausschüssen ist eine der verantwortungsvollsten und wichtigsten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und wird es in Zukunft in steigendem Maße sein, weil ihnen neben ihrer Tätigkeit im Arbeitsnachweis auch in der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge ein starker Einfluß eingeräumt worden ist. Auch in der künftigen Arbeitslosenversicherung werden sie ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht haben.

Deshalb dürfen in diese Verwaltungsausschüsse nur die fähigsten, mit dem Arbeitsmarkt und der Arbeitsvermittlung sowie mit der Erwerbslosenfürsorge bewanderte Gewerkschaftsmitglieder gewählt werden. Sie müssen mit ganzem Herzen bei der Sache sein und dürfen nur im Bewußtsein ihrer großen Verantwortlichkeit dieses für die Arbeiterbewegung so überaus wichtige Amt übernehmen. Sie sollen es nicht nur dabei bewenden lassen an den Sitzungen teilzunehmen, sondern sollen, wie § 10 des Arbeitsnachweisgesetzes es zuzieht, so oft wie möglich in den Arbeitsämtern während der Geschäftsstunden anwesend sein, um sich Einblick in die Geschäftspraxis zu verschaffen und nachzuprüfen, ob und wo zu bessern ist. Bis jetzt war dies leider nicht immer der Fall. Daher auch die vielen Klagen über Unbegreiflichkeit der Magistrats, ungerechte Behandlung der Erwerbslosen, Nichtanerkennung der Bedürftigkeit, Verweigerung der Unterstützung, Mißbrauch der Pflicht- und Notstandsarbeit usw.

Die kommende Neubesetzung der Verwaltungsausschüsse, die auf Grund der von den wirtschaftlichen Vereinigungen eingereichten Vorschlagslisten erfolgt, gibt

Gelegenheit nachzuprüfen, ob die bisherigen Vertreter ihre Schuldigkeit getan haben. Wo dies nicht der Fall ist, müssen in Anbetracht der die Arbeiter so außerordentlich stark berührenden Interessensphäre andere Vertreter gesucht werden.

Für die freien Gewerkschaften sind, soweit öffentliche Arbeitsnachweise in Betracht kommen, die Ortsausschüsse des ADGB, die für die Benennung der Vertreter maßgebenden Stellen, soweit Facharbeitsnachweise in Frage kommen, sind es die für das Fach zuständigen wirtschaftlichen Vereinigungen. Unsere Ortsverwaltungen an den Orten, wo öffentliche Arbeitsnachweise oder Facharbeitsnachweise vorhanden sind, müssen deshalb darauf achten, daß sie nicht übersehen werden, und rechtzeitig für wirklich geeignete Vertreter sorgen. Das gilt ganz besonders noch für unsere Facharbeitsnachweise.

Voraussetzung für die Bestellung als Mitglied eines Verwaltungsausschusses ist nach dem Gesetz: Reichsangehörigkeit — Alter mindestens 24 Jahre — Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte — mindestens sechs Monate im Bezirk des betreffenden öffentlichen Arbeitsnachweises Wohnhaft oder beschäftigt. Es sind auch Gewerkschaftsangehörige, die diesen Voraussetzungen genügen, wählbar.

Im übrigen weisen wir noch besonders darauf hin, daß in den nächsten Nummern der „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB einige Aufsätze über das große und wichtige Tätigkeitsgebiet der Verwaltungsausschüsse erscheinen werden. Wir empfehlen sie unseren Mitgliedern zur dringenden Beachtung.

Aus unserem Berufe

Hafenarbeiter.

Neuerwünsche. Der Verein Hamburger Needer verlangt vom Hamburger Staat Herabsetzung der Abgaben. Gleichzeitig gibt er zu, daß zwar weniger Ladung umgeschlagen wird, aber mehr Schiffe ein- und auslaufen und dadurch der „zur Abwicklung des Schiffsverkehrs in den Seehäfen dienende Apparat“ stärker beansprucht und unständlicher geworden ist. So sind sie die Herzen — sie verlangen größere Leistungen von anderen und wollen ihre Gegenleistung herabsetzen. Der Bericht anerkennt die technischen Fortschritte, aber nur „mit gemischten Gefühlen“, weil der Staat die Millionen dafür nicht a fonds perdu gegeben haben will, sondern die Tarife erhöhte — wie kann man auch! Denn „Der Hafen soll nicht eine Erwerbsquelle, sondern eine Arbeitsquelle sein“ — sagen ausgerechnet die Hamburger Needer.

Das Bismardreptil, die Hamburger Nachrichten, werden deutlich: Die Hafenarbeiterlöhne sind zu hoch, die soziale Belastung ist zu hoch (die Rentenkasse baut gar „prächtige Gebäude“!) und die Berufsschulen sind „unrentabel“ (!).

Gegen solche Affenpintshereien polemisiert man nicht, man hängt sie niedriger. Für die Hafenarbeiter gilt es aber, auf der Hut zu sein. Es wird ein kapitalistischer Schwedentanz gebraut.

Unsere Jugend

Die Stellung des Jugendlichen.

Es dürfte bekannt sein, daß der äußere Anlaß zur Bildung der proletarischen Jugendbewegung der Selbstmord eines Lehrlings war, der als letztes Mittel, um von seelischer und wirtschaftlicher Not befreit zu werden, den Tod suchte.

Im Laufe der Jahre wurde durch den Gesetzgeber wie auch durch Tarifverträge die Lage des jugendlichen Arbeiters und Lehrlings vielfach verbessert. Trotzdem leidet der denkende und führende Jugendliche noch ebenso stark unter dem psychischen Druck wie ehemals. Gerade unsere jugendlichen, ungelerten Kollegen trifft dieses am härtesten.

Es kann keine Rede davon sein, daß nur der junge Mann zum ungelerten Beruf übergeht, der nicht genug Fähigkeiten und Intelligenz besitzt, in einem gelerten Beruf unterzukommen. Nicht die Intelligenz ist bestimmend für die Wahl des Berufes, sondern die wirtschaftliche Lage der Eltern, die Frage, ob sie es ermöglichen können, ihre Kinder drei oder mehrere Jahre für ein Tüftelgeld ausbeuten zu lassen.

Aus diesem Grunde kann der Berufswunsch so vieler Kinder nicht berücksichtigt werden. Es bleibt ihnen keine weitere Wahl, als in irgendeinem Betriebe die Stellung eines Arbeiters, Ausläufers usw. anzunehmen. Solche Stellen zu finden, dürfte für einen Schulentslassenen nicht besonders schwer sein, da die Ausbeuter mit Vorliebe solche billigen jungen Arbeitsträfte suchen. Das Meer der Ungelerten wird dadurch von Jahr zu Jahr größer und mithin die Arbeitsmöglichkeit, insbesondere für die älteren Kollegen, schlechter. Berücksichtigen müssen wir allerdings, daß durch die immer weitere Mechanisierung der Industrie dort der Bedarf an ungelerten Arbeitern größer wird.

Wir sehen, daß der Jugendliche in einem Betriebe unterkommt, dort mit einfachen Handgriffen, Botengängen, zum Teil auch mit schwer körperlicher Arbeit beschäftigt wird. Aber diese Arbeiten sind ohne Geist, sie werden dem Jugendlichen keine Freude und Interesse abgewinnen können.

Nach einiger Zeit, wenn das erste Interesse für das neue Leben erloschen ist, wird bei ihnen eine gewisse Gleichgültigkeit gegen die Arbeit Platz greifen. Der „Arbeitsgeber“ sagt dann: der Jugendliche wird faul.

Um zwischen der monotonen Arbeit und dem gefundenen Jugendbewußtsein mit all seinen Drängen und seiner Phantasie einen Ausgleich zu finden, wirt sich der Jugendliche je nach Veranlassung und Geist einer Gemeinschaft anschließen.

*) Man fordere „Die Fischbratlinge“ von Cornelius Schmidt, Cuxhaven, herausgegeben von der Fischmarkt Cuxhaven G. m. b. H.

